

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-5704/08  
von Patrick Gaubert (PPE-DE)  
an den Rat

Betrifft: Menschenrechte in Kolumbien

Trotz einiger positiver Zahlen und der öffentlich bekundeten Bereitschaft der kolumbianischen Behörden, die Probleme des Landes lösen zu wollen, bleibt die Menschenrechtssituation in Kolumbien problematisch.

Neben den Risiken, denen Menschenrechtsaktivisten und Gewerkschaftler in Kolumbien ausgesetzt sind, scheinen einige Entwicklungen der jüngsten Zeit auf eine Verschlechterung der Lage hinzudeuten:

- die kontinuierliche Vertreibung zehntausender Menschen, von denen nach Angaben der NRO „Codhes“ allein in den ersten Monaten des Jahres 2008 mehr als 260 000 Menschen betroffen waren, sowie
- die Berichte über weiterhin stattfindende außergerichtliche Hinrichtungen durch die Armee, die sich insbesondere nach der Entdeckung von dreiundzwanzig Leichen in der Provinz Santander im September letzten Jahres häufen.

Die Guerillagruppen und das Paramilitär würden darüber hinaus in Kolumbien täglich zahlreiche weitere Gräueltaten verüben.

Sieht der Rat in Anbetracht dieser Umstände im Rahmen der Menschenrechtspolitik der Europäischen Union gegenüber Drittländern eine konkrete Überwachung der Lage – insbesondere mittels eines strukturierten Menschenrechtsdialogs mit Kolumbien – vor, die über das, was bereits auf lokaler und multilateraler Ebene unternommen wurde, hinausgeht?